

BURKHARD BALZ

Mitglied des Europäischen Parlamentes

27.02.2010

Rede bei der Europa Union Hameln
(es gilt das gesprochene Wort)

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freunde von der Europa-Union (Kreisverband Hameln)

ich freue mich, heutenachmittag hier bei Ihnen in Hameln zu sein. Bei Ihnen bedeutet, unter Freunden zu sein, die sich für die Europäische Idee einsetzen und sich über die Parteigrenzen hinweg für den Integrationsprozess Europas engagierten. Da ich selber Mitglied der Europa Union bin, weiß ich um die Wichtigkeit unserer Vereinigung als Mittlerin zwischen Bürgern und Institutionen der europäischen Politik. Seit Sommer letzten Jahres gehöre ich auch als Abgeordneter eben einer dieser Institutionen europäischer Politik an und vertrete die Region Hannover sowie die Landkreise Hameln-Pyrmont, Schaumburg, Nienburg und Diepholz im Europäischen Parlament. Dort bin ich Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Währung, sowie stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Verkehr und Fremdenverkehr.

Außerdem hat das Europäische Parlament am 07. Oktober 2009 beschlossen, einen Sonderausschuss zur Finanz-, Wirtschafts- und Sozialkrise einzusetzen, dem ich ebenfalls angehöre. Die 45 Mitglieder dieses Ausschusses werden in den nächsten Monaten das Ausmaß und die Auswirkungen der Wirtschaftskrise in den Mitgliedstaaten untersuchen und Maßnahmen zum Wiederaufbau stabiler Finanzmärkte vorschlagen. Für mich selber und für meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Büros bedeutet das natürlich wesentlich mehr Arbeit, jedoch Arbeit die in diesen schwierigen Zeiten getan werden muss.

Die Krise, die vor ca. 18 Monaten ihren Anfang in den USA hatte und kurze Zeit später nach Europa gekommen ist, hat ihre Spuren hinterlassen. Diese letzten 18 Monate waren ein steiniger Weg: Für den Arbeitsmarkt, für den Handel und die Industrie, aber auch für die Haushalte auf Bundes-, Landes- und Kommunalen Ebene deren Konsolidierung die Aufgabe der nächsten Monate sein wird. Jedoch sind wir auf diesem steinigen Weg ohne Zweifel schon entscheidend vorangekommen, obwohl sich noch einige Hindernisse auf der Wegstrecke befinden, deren Beiseiteräumen weiterhin

viel Einsatz erfordert – auf bundesdeutscher wie auch auf europäischer Ebene. Um wahrhaft von Konsolidierung zu sprechen, müssen wir zunächst verhindern, dass sich aus der Finanzkrise eine Schuldenspirale, ja eine Schuldenkrise entwickelt. Tatsächlich befinden wir uns im Moment in einer kritischen Phase, wenn es um die Beurteilung der künftigen Kreditwürdigkeit der Eurozone geht. Investoren zweifeln, dass bestimmte EU-Länder ihren Kreditverpflichtungen aus Staatsanleihen nachkommen. Eine Verschuldung von höchstens 60%, ein Defizit von höchstens 3% des BIP - die entscheidenden Bausteine der Maastricht-Prinzipien stehen auf dem Prüfstand. Die Konvergenzkriterien werden derzeit von keinem wichtigen Euroland eingehalten. Schuldenprobleme gab es bereits vor dem Ausbruch der Finanzkrise, doch hat die Finanzkrise die Situation gravierend verschärft.

Nun müssen wir uns wichtige Fragen stellen: Wie begegnen wir der Unsicherheit auf dem Anleihemarkt? Sind EU-Garantien für Mitgliedsländer mit strukturellen Problemen wirklich die richtige Antwort? Wie sehen die langfristigen Perspektiven aus?

Die Anzahl der EU-Mitgliedsstaaten, die als Wackelkandidaten durch die Medien geistern, wurde zuletzt immer größer. Aktuell steht die Südschiene im Fokus – neben Griechenland vor allem Portugal und Spanien. Italien und Irland werden ebenfalls schon genannt - der wenig rühmliche Ausdruck "PIIGS" macht bereits die Runde.

Der Internationale Währungsfonds hat bereits vorausgesagt, dass die steigenden Staatsdefizite in den kommenden Jahren die private Kreditnachfrage verdrängen und die wirtschaftliche Erholung dämpfen. Insbesondere die Zinslast und das Zinsniveau gelten als Risiko. Eine durch den Schuldenberg steil ansteigende Zinskurve wird die Wirtschaft zusätzlich belasten und den Spielraum der Kreditinstitute für eine Normalisierung der Kreditvergabe weiter einschränken. Fakt ist, dass die Höhe der Staatsschulden in den für die Wirtschaftserholung maßgeblichen Industrieländern so gewaltig ist wie seit dem 2. Weltkrieg nicht mehr. Die Schulden in der EU kletterten bereits im vergangenen Jahr um 11,5 Prozentpunkte auf 73 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Laut IWF wird sich Schuldenberg der Industrieländer bis ins Jahr 2014 von 78% des Bruttoinlandsproduktes auf 114% erhöhen. Staatsschulden in diesem Ausmaß werden zu einem Risiko für die Finanzstabilität. Wir müssen verhindern, dass sich bereits erzielte Fortschritte bei der Wirtschaftserholung in Turbulenzen an den Finanzmärkten auflösen.

Wie können sich die angeschlagenen Staaten helfen und - hier muss man vorsichtig sein: Kann Ihnen gegebenenfalls geholfen werden? Mit der Wirtschafts- und Währungsunion haben die beteiligten Mitgliedsländer ihre geldpolitische Souveränität aufgegeben. Nominale Währungsabwertungen fallen

damit als Lösungsansatz weg. Eine Wiederherstellung ihrer Preiswettbewerbsfähigkeit können betroffene Eurostaaten nur über reale Abwertungen, d.h. insbesondere die Senkung der Reallöhne und Lohnnebenkosten erreichen. Hier sind engagierte Reformprogramme gefragt. Denn wir sprechen bei den hoch verschulden EU-Staaten vorrangig von strukturellen Problemen, die lange aufgeschoben wurden und nun umso dringlicher - wohl auch umso schmerzhafter - angegangen werden müssen. Daher bin ich auch einer Euroanleihe gegenüber sehr skeptisch eingestellt. Es darf nicht zu einem Haftungsverbund der Euroländer kommen, der das Zinsniveau für alle nivelliert. Vernünftige Haushaltspolitik muss weiterhin belohnt werden. Ich halte die konsequente Haltung, die die europäischen Staats- und Regierungschefs im Fall von Griechenland an den Tag legen, für richtig. Die Gewährung von Notkrediten oder bilateralen Kreditgarantien könnte einen europäischen Konsens zu Spar- und Reformmaßnahmen schnell wieder kippen. Dieser Konsens ist allerdings unbedingt notwendig. Wir müssen daher sehr bedacht vorgehen.

Viel Fingerspitzengefühl verlangt auch das Thema Inflation: Eine hohe Inflation ist erfahrungsgemäß umso verlockender, je größer der Schuldenberg ist. Wenn diese Karte gezogen wird, lässt die nächste Finanzblase gegebenenfalls nicht lange auf sich warten. Bislang sind wegen der schwachen Arbeitsmärkte und der unterausgelasteten industriellen Kapazitäten kaum Inflationsgefahren zu erkennen, doch lässt die Pflicht zur Schuldentilgung den Geldhunger der Industriestaaten weiter steigen. Es ist wichtig, dass die Europäische Zentralbank eine gangbare Exit-Strategie aus der expansiven Geldpolitik findet, die der wirtschaftlichen Erholung keinen Schaden zufügt. Bereits jetzt gibt es eine Flut an Staatsanleihen im System. Das geplante Emissionsvolumen für 2010 nimmt Rekordmaße an. Schraubt die EZB die Liquiditätsversorgung zurück, richtet sich das Augenmerk auf den Rentenmarkt, der dann mit Verwerfungen kämpfen könnte - und die Negativfolgen für die Verschuldungsquote und das Wirtschaftswachstum noch verstärkt. Die Sprengkraft, die in einem EZB-Exit steckt, darf in keinem Fall zu einer Explosion führen.

Das oberste Ziel und sicherlich die effektivste Methode zum Schuldenabbau sind nach wie vor steigende Wachstumsraten und damit steigende Staatseinnahmen: Welches Ausmaß an wirtschaftlicher Erholung können wir nun erwarten? Der IWF prognostiziert für die USA ein Wachstum von 2,7%, während die Europäische Union mit 1% deutlich dahinter zurückbleibt. Nimmt man allerdings das Negativwachstum von 4 Prozent im Jahr 2009 zum Vergleich, kann man bereits von einem guten Schritt "nach vorne" sprechen. Für Deutschland rechnet die Bundesregierung mit einem Wachstum von etwa 1,5%. Im europäischen Vergleich sehen wir damit tatsächlich gut aus. Mit einer Staatsverschuldung von rund 77% und einem geschätzten Haushaltsdefizit von 5,0% des Bruttoinlandsproduktes bewegen wir uns im unteren Drittel der EU-Mitgliedsländer.

Die im Grundgesetz verankerte Schuldenbremse war bereits ein wichtiges Signal, doch wird sie in den nächsten Jahren wenig zur Sanierung der Etats beitragen. Langfristig gesehen könnte sich ein solches Instrument allerdings auszahlen. Andere EU-Mitgliedsstaaten denken bereits darüber nach, dem deutschen Vorbild zu folgen.

Da kaum ein Land allein über die Fiskalpolitik aus der wirtschaftlichen Talsohle herauskommt, sind gemeinsame Anstrengungen der gesamten europäischen Staatengemeinschaft erforderlich. Sorge bereitet allen Akteuren, dass die systemischen Risiken im Finanzsystem zwar maßgeblich verringert, aber noch nicht vollständig beseitigt wurden. Eine Gesundung der Finanzinstitute muss oberste Priorität haben. Höhere Eigenkapitalanforderungen für Banken sind ohne Zweifel berechtigt, doch muss der Zeitpunkt für deren Umsetzung mit Bedacht gewählt werden, um den leichten konjunkturellen Aufwärtstrend nicht gleich wieder zunichte zu machen. Vor diesem Hintergrund müssen wir auch das Pro und Contra von Vorschlägen abwägen, die eine Beteiligung des Finanzsektors an den Kosten der Krise vorsehen. Ich werde mich jetzt nicht in Details über eine Finanztransaktionssteuer, einen Stabilitätsfonds oder eine Bankensonderabgabe verlieren. Es ist richtig, wenn man erst die Ergebnisse eines Impact Assessment abwartet. Letztlich wird auch eine Finanztransaktionssteuer oder eine Sonderabgabe kein Allheilmittel gegen die Staatsverschuldung sein.

Langfristig wird man über den Stabilitätspakt selbst nachdenken müssen. Die Reform aus dem Jahr 2005 hatte die Haushaltsregeln aufgeweicht. Um solide Staatsfinanzen wirklich durchsetzen zu können, stellt sich nun die Frage nach der "Rolle rückwärts". Der Vorstoß der Kommission, die Befugnisse des europäischen Statistikamts zu stärken, war mehr als überfällig. Es ist unfassbar, in welchem Ausmaß Manipulationen betrieben wurden, manche angeblich sogar unter dem Deckmäntelchen der Legalität. Es ist wichtig, dass hier schnell Abhilfe geschaffen wird - auch im Sinne des gebeutelten Steuerzahlers, dessen Vertrauen wir wieder zurückgewinnen müssen. Ich bin mir daher sicher, dass sich das Parlament sehr engagiert mit den Kontrollrechten für Eurostat beschäftigen wird.

Sehr zufrieden bin ich über die Fortschritte, die wir bei der europäischen Finanzaufsicht erzielt haben. Mit dem European Systemic Risk Board werden wir eine Institution schaffen, die sich auf die Früherkennung makroökonomischer Risiken spezialisiert und uns künftig vor den daraus folgenden Gefahren für das Finanzsystem warnt. Angesichts der aktuellen Schuldenproblematik halte ich die Überwachungsfunktion des ESRB für eine gute und notwendige Ergänzung zu den Regeln des EU-

Defizitverfahrens. Ich unterstütze auch den Ansatz im Berichtsentwurf des Parlaments, der die Gewichtung der Notenbanken in der Besetzung des Risk Boards reduziert. Die Herausforderungen, denen sich die EU-Mitgliedsstaaten nun stellen müssen, machen unabhängige Expertenmeinungen erforderlich, um einseitige Schlussfolgerungen, wie sie in der Vergangenheit zu häufig passiert sind, zu verhindern.

Zusammenfassend kann ich sagen, dass die Europäischen Institutionen in ihren Anstrengungen nicht nachlassen werden, um die Folgen der Wirtschafts- und Finanzkrise zu meistern. Der Weg wird weiter steinig bleiben, aber wir alle werden unser Bestes geben, um ihn wieder gangbar zu machen.